

## Der stille Zweibund

VON JOSEF JOFFE

Im Streit um Kanzler, KZ und DDR mag es trotz des ernsten Themas hilfreich sein, auf Sherlock Holmes zu verweisen, dessen Erstaufttritt vor 100 Jahren wir gerade gebührend feiern. In seinem bekanntesten Fall lenkte der Meisterdetektiv die Aufmerksamkeit seines Freundes Watson auf den Hund, der *nicht* gebellt hatte, mithin auf die Aussagekraft des Ungewöhnlichen. Bezeichnend ist nämlich die gelassene Reaktion Ost-Berlins auf die provozierende Bemerkung Kohls, die DDR halte politische Gefangene in Konzentrationslagern fest. Wer zum Beispiel im *Neuen Deutschland* blättert, findet dort zwar viele kritische Stimmen - von *Le Monde* über das „BRD-Fernsehen“ bis zu *Trybuna Ludu* - nachgedruckt, aber eben keine offiziellen Gegenattacken.

Und dies lenkt wiederum den Blick auf die erstaunliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten. Die einstmals verfeindeten Brüder haben sich seit jener Zeit, als noch Willy Brandt das Wort „KZ“ mit der DDR koppelte, in Partner, ja stillschweigende Verbündete verwandelt. Allein der Begriff der „Verantwortungsgemeinschaft“, hüben wie drüben in aller Munde, besagt ja im Kern nichts anderes, als daß die Bundesrepublik und die DDR an einer mitteleuropäischen Sonderentspannung festhalten wollen - und zwar in weitestgehender Isolierung von den Turbulenzen der Weltpolitik, die seit Beginn dieses Jahrzehnts immer wieder auf diese Region übergriffen. Dies war Helmut Schmidts sehnlichster Wunsch, als die Doppelkrise um Afghanistan und Polen den Zweiten Kalten Krieg entfachte; dies will auch Helmut Kohl - auch wenn er gelegentlich so redet, als sei der Erste noch nicht vorbei.

Was ist aus dem „dichten Raketenzaun“ geworden, der - so Andropow - die beiden deutschen Staaten im Falle der Nachrüstung voneinander trennen würde? Trotz „Wende“ in Bonn scheiterte Moskaus Drohung schon 1984 an dem „stillen Bündnis“ zwischen Honecker und Kohl. Geradezu demonstrativ schaltete Ost-Berlin auf „Schadensbegrenzung“. Bestärkt von dem Milliarden-Kredit aus der Hand eines agilen Deutschlandpolitikers aus Bayern, beschleunigte die DDR die innerdeutschen Kontakte und umrankte sie mit feindosierten „menschlichen Erleichterungen“. Selbst einen offenen Streit mit Moskau, ausgegossen in den Spalten der *Prawda* und des *Neuen Deutschland*, riskierte die SED, um so ihren Anspruch auf Sonderentspannung auch im Gegenwind einer sowjetischen „Revanchismus“-Kampagne gegen Bonn durchzusetzen. Zum Schluß respektierte zwar Honecker die Empfindlichkeiten der russischen Vormacht und reiste im Herbst 1984 *nicht* in die Bundesrepublik. Doch sind die Verbindungsstränge seitdem eher noch dichter und fester geworden.

Als Moskau im Gefolge des Goebbels-Vergleiches von „vergifteten Beziehungen“ zu Bonn sprach, rückte DDR-Ministerpräsident Stoph noch am selben Tag die „besonderen Bemühungen“ seines Landes in den Vordergrund, die „gute Nachbarschaft an den Trennlinien beider Gesellschaftssysteme“ zu sichern. Zum Jahresende wurde Honecker auf dem Felde der Interessenabgrenzung noch deutlicher. Es gelte, die Frage der Mittelstreckenraketen zu lösen; dann wäre nämlich „die Möglichkeit gegeben, dieses Teufelszeug (die sowjetischen Kurzstrecken-Waffen) vom Boden der DDR zu entfernen“. Das Fazit: Wo die DDR den Konflikt mit dem großen Bruder nicht scheut, wenn es um die eigenen Belange geht, wird sie nicht leichtfertig die Beziehung zum deutschen Zwilling aufs Spiel setzen.

Überdies haben sich die Einheitssozialisten längst auf vier weitere Jahre mit Kohl eingestellt. Das innerdeutsche Verhältnis, verriet Honecker gerade der Zeitschrift *U.S. News & World Report*, beruhe auf der „friedlichen Koexistenz“. Und so „machen wir unsere Politik nicht von der jeweiligen Zusammensetzung anderer Regierungen abhängig“. Nicht anders sprach jüngst Wolfgang Schäuble, als Kanzleramtsminister für die DDR zuständig. Es gebe zwar „prinzipielle Unterschiede“ wie den zwischen „Freiheit und Unfreiheit“. Doch wolle man die DDR nicht „provizieren“ und „Dialog und Zusammenarbeit“ vorantreiben.

Von ihren Rändern vielleicht abgesehen, weiß die Union längst, daß Deutschlandpolitik ein Mehrheitsanliegen des Wahlvolkes ist, daß Deutschlandpolitik die wieder größer geschriebene Westbindung legitimiert (so wie diese die Ostpolitik absichert). Umgekehrt ist für Honecker Deutschlandpolitik zum unverzichtbaren Legitimitätsersatz geworden: Westreisen und menschliche Erleichterungen schmälern die Kluft zwischen Regime und Regierten. Überdies ist die Bundesrepublik der einzig verlässliche (weil auch verwundbare) Lieferant von Gut und Geld - zumal da der DDR im Ostblock ohnehin die Rolle des Technologie-Transmissionsriemens zugefallen ist. Schließlich ist da noch ein Stück klassischer Machtpolitik. Als behutsamer Vorreiter in Sachen Entspannung heimst die DDR doppelten Gewinn ein - einmal Selbständigkeit gegenüber Moskau, zum zweiten Statur gegenüber den Osteuropäern, denen der Windschatten Ost-Berlins ähnliche Geh-Übungen erleichtert.

Daß ein Wahlkampf derlei Einsichten verdrängt, daß die einen im Schatten der gesamtdeutschen Vergangenheit noch einmal draufsateln, während die Opposition ihrer Empörung freien Lauf läßt, gehört zum demokratischen Geschäft. Das Geschäft der Staaten aber gehorcht deren Interessen, nicht den Einflüsterungen des Kalenders.